

## Friedliche Koexistenz wieder beleben

Überlegungen zu Sigmar Gabriels letzter Rede als Außenminister

Arne C. Seifert

**B**uchstäblich in den letzten Stunden seiner Amtszeit stellte Außenminister Gabriel auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine beklemmende Lagebewertung vor. Obgleich manches in dieser Rede nach Referenzarbeit klang, war doch Gabriel der Verkünder. „In der neuen und gegenüber dem Kalten Krieg heute weitaus komplexeren Welt geht es um die Systemkonkurrenz zwischen entwickelten Demokratien und Autokratien. [...] Es geht wieder um die alte Frage von Freiheit und Demokratie in der Systemkonkurrenz mit neuen autokratischen Regierungsformen.“<sup>1</sup> Jenen neuen / alten Interessenkampf vorortete er in „einer Eskalationslogik“ (mit Russland, A.S.), die wir seit dem Kalten Krieg „überwunden glaubten“<sup>2</sup>. Und natürlich auch bei China. Diesbezüglich verkündete er den „Beginn eines asiatischen Zeitalters“, das in 600 Jahren auch Europa verschlungen haben könnte, um sodann apokalyptisch Benjamin Franklin zu zitieren: „*We must, indeed, all hang together or, most assuredly, we shall all hang separately.*“<sup>3</sup>

Übersetzt in außenpolitische Arbeitssprache heißt das: „Feuer aus allen Rohren, sonst erwartet uns der Galgen!“ Instruktionen für Kompromisse und gegenseitige Zugeständnisse waren nicht zu erkennen. Im Zentrum standen Konkurrenz der Systeme, Sein oder Nichtsein. Gabriel sprach zwar den Friedensgedanken an: „In der Welt des 21. Jahrhunderts kann Friede in Europa nur durch gemeinsames Engagement für Frieden, Sicherheit und Stabilität nach außen gewonnen werden.“ An Gabriels Rede alarmiert viel mehr die Prioritätensetzung, die offensichtlich hierzulande im außenpolitischen Denken vorherrscht.

Schauen wir uns das Gesagte etwas näher an. So etwa die „Systemkonkurrenz zwischen entwickelten Demokratien und Autokratien“ als Weltproblem. Zur Erinnerung: Demokratien bilden in der Welt eine Minderheit.

1 Rede von Außenminister Sigmar Gabriel auf der Münchner Sicherheitskonferenz. In: Auswärtiges Amt, 17.2.2018; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/rede-muenchner-sic>.

2 Ebd.

3 Ebd.



Demokratie vs. Autokratie? Gabriel auf der MSC 2018

Sie sind längst nicht zum globalen Standard geworden. Als unterschiedliche Systeme koexistieren im Großen und Ganzen die beiden Systemtypen heute in der internationalen Arena miteinander – ohne Kalte Kriege und die Welt verunsichernde Systemkonkurrenz. Folglich muss autoritärer Systemcharakter an sich nicht Anlass internationaler Spannungen sein. Solange ordnungspolitische Unterschiede nicht als Streitgegenstand in die zwischenstaatlichen Beziehungen getragen werden, sind sie keinen Anlass für internationale Konflikte. Es sei denn, die demokratische Seite delegitimiert und sanktioniert die andere als „Schurkenstaaten“ oder arbeitet aktiv daran, ihre Ordnung diesen Staaten, wie im Nahen und Mittleren Osten geschehen, gewaltsam aufzuoktrozieren. Das führte zu desaströsen Kriegen. Seitdem Demokratien „*regime change*“ betreiben, wird deutlich, dass Demokratien keineswegs friedliches zwischenstaatliches Verhalten garantieren.

Gabriel sagte weiterhin: „Es geht wieder um die alte Frage von Freiheit und Demokratie in der Systemkonkurrenz mit neuen autokratischen Regierungsformen.“<sup>4</sup> Die Feststellung, dass die „alte Frage von Systemkonkurrenz“ zwischen entwickelten Demokratien und Autokratien des Kalten Kriegs wieder zurückgekehrt sei, zeugt von historischer Unkenntnis sowie Nichtverstehen der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen dem Ost-West-Konflikt und heutiger „Systemkonkurrenz“. Das gilt vor allem


hinsichtlich des antagonistischen Konfliktcharakters, der Unterschiede zwischen damals und heute. Ins Zentrum aller Vergleiche ist die Frage nach den Absichten der Staatsführungen beider verfeindeter Seiten und ihrer Fähigkeit zu zivilisiertem Umgang und zu Kompromissen. Ohne die Klärung von gegenseitigen Absichten läuft in der internationalen Politik nichts.

„Kern der Ost-West-Systemkonkurrenz waren zwei antagonistische Entwicklungsprojekte“, so Dieter Senghaas. Der Kalte Krieg bezog jedoch seine sicherheitspolitische Sprengkraft primär aus der Spezifik der gegenseitigen Bedrohungsszenarien: einerseits „weltrevolutionär“ antikapitalistisch, andererseits „konter-weltrevolutionär“, das kapitalistische als das weltweit dominierende System verteidigend. Damals bildete den Mittelpunkt nicht „Konkurrenz“, es herrschte Feindschaft! Zu leisten war Enormes – intellektuell, politisch und verhandlungstaktisch, weil internationale, außen- und innenpolitische Klärungs- und Annäherungsprozesse ineinandergriffen und sich gegenseitig bedingten. Als der bahnbrechende Anschlag des Helsinki-Prozesses kann die Entscheidung der Staatsoberhäupter gelten: „Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.“<sup>5</sup>

Dieses, auch von der Bundesrepublik Deutschland unterschriebene Prinzip ist der Hebel für den Einstieg in die Zivilisierung der von Gabriel beargwöhnten „Systemkonkurrenz“. Ihr liegen die antagonistischen Merkmale des Kalten Kriegs nicht mehr zugrunde. Die damalige Bedrohungsspezifik hat sich 1990 aufgelöst. Aber die konfrontative Art und Weise, mit der alte und neue Mächte bei der Neuvermessung der Welt mit den auftretenden Widersprüchen umgehen, ist bereits antagonismusträchtig. Insbesondere in den USA weiß man, dass für Europa der eurasische Kontinentalraum mit der Russischen Föderation, Zentralasien, China, Indien eine weltweit unvergleichliche „strategische Reserve“ ist. Darauf hatte bereits nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Zbigniew Brzezinski, früherer Sicherheitsberater von US-Präsident Carter, aufmerksam gemacht und gewarnt. In der Wirkungsrichtung Brzezinskischer Spaltungsstrategie käme die

5 Schlussakte von Helsinki, Kap. VIII. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker.

„Systemkonkurrenz zwischen Demokratie und neuen Autokratien“ voll zum Tragen: Europa versus die gesamte Gruppe eurasischer autokratischer, teils islamischer Staaten und China. Besser kann es für die USA nicht laufen. Egon Bahr antizipierte 2007 im Kontext einer transatlantischen Umfeldbeschreibung, was unter Trump Wirklichkeit geworden ist: „Die Nähe, wie wir sie im Kalten Krieg [...] zwischen Amerika und Europa erlebt haben, [lässt] sich nicht wieder herstellen.“<sup>6</sup> Daraus ergibt sich, so Bahr, dass „sich die Selbstbestimmung Europas nur durch eine Emanzipation von Amerika erreichen lässt.“<sup>7</sup> Für Bahr war es „...eine europäische Verantwortung, dass ‚Kooperation‘ zum Schlüsselwort unseres Jahrhunderts wird.“<sup>8</sup>

Die „Systemkonkurrenz“, die von Gabriel zu wenig tauglichen Zwecken ins Feld geführt wurde, muss entschärft werden. Das Mittel dazu ist eine Wiederbelebung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Außenminister Heiko Maas sollte den dringend gefragten Paradigmenwechsel der Absichten zur eigenen Absicht machen. Das allein wird jedoch nicht reichen. Dafür muss die Zivilgesellschaft vor- und mitdenken. 

6 Bahr, Egon (2007): Europas strategische Interessen. In: Internationale Politik 4, S. 86–97, S. 93.

7 Ebd., S. 88.

8 Ebd., S. 87.

Dr. Dr. h.c. Arne C. Seifert

Botschafter a.D., Berlin



Raimund Krämer / Detlef Nakath (Hrsg.)

## Naher Osten und Europa

Der Nahe Osten bricht zusammen. Eine neue Ordnung ist in der Region nicht in Sicht. Die Lösung der Konflikte ist dringend notwendig, denn sie sind eine Gefahr für die Weltpolitik. Welche Rolle spielen Europa und speziell Deutschland in diesem Raum? In dem Sammelband setzen sich Autorinnen und Autoren kenntnisreich und kritisch mit historischen und aktuellen Entwicklungen auseinander und plädieren für einen konstruktiven Neuanfang in den Beziehungen zum Nahen Osten.

WeltTrends, Potsdam 2017 | ISBN 978-3-945878-43-9 | 16,90 Euro